

ForseA e.V., Hollenbach, Nelkenweg 5, D-74673 Muldingen

Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales
max.straubinger@bundestag.de
Stellvertreter Herr Max Straubinger (CSU)

Diesen Brief schreibt Ihnen
Gerhard Bartz
Vorsitzender

Hollenbach, den 14. August 2012

Reform der Eingliederungshilfe nicht vor nächster Legislaturperiode – Verschwendung von Steuergeldern geht ungebremst weiter

Sehr geehrter Herr Straubinger,

seit November 2011 weist das Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen e.V. (ForseA) auf die Verschwendung von Steuergeldern im Zusammenhang mit der Einkommens- und Vermögensanrechnung bei Menschen mit sog. Assistenzbedarf hin. Aufgrund der sozialhilferechtlichen Einordnung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und der Hilfe zur Pflege sind Leistungsempfänger dazu verpflichtet, vorrangig ihr Einkommen und Vermögen für diese Hilfen aufzubringen. Die hieraus resultierenden Einnahmen werden statistisch erfasst und beliefen sich im Jahr 2008 auf bundesweit 12 Mio. Euro. Die Verwaltungskosten zur Erhebung dieser Kostenbeiträge werden hingegen in keiner Statistik geführt und können daher nur geschätzt werden. ForseA veranschlagt diese Kosten auf jährlich rund 500 Mio. Euro (siehe Dokumentation zur [Un glaublich!-Kampagne](#))¹. Seit Dezember 2011 wurden aufgrund des eklatanten Missverhältnisses von Einnahmen zu Ausgaben mehr als

340 Mio. Euro verschwendet.

¹ <http://www.forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/verschwendung.shtml>

Wir sind Mitglied bei:

European Network on Independent Living (ENIL)

European Coalition for Community Living (ECCL)



daneben viele Landesverbände und regional tätige Vereine (siehe <http://www.forsea.de/ueberuns/mitglieder.shtml>)

Das BMAS räumt in seinem [Schreiben vom 22.03.2012](#)² ein, dass die Beseitigung dieses Missstandes „massive Rechtsänderungen im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch“ zur Folge hätte. Dennoch sind bis heute keine konkreten Maßnahmen zur Herbeiführung dieser Rechtsänderungen erkennbar, ein Ende der Verschwendung schon gar nicht. Ein Gespräch mit Vertretern von ForseA hält man darüber hinaus im BMAS für unnötig (siehe [Schriftverkehr mit dem BMAS](#))³.

Die neuerdings absurde Verzahnung der Eingliederungshilfe mit dem Fiskalpakt und die erneute Verschiebung der Eingliederungshilfeform bis weit in die nächste Legislaturperiode hinein stehen scheinbar einer schnellen Lösung dieses Problems jetzt im Wege. Tatsache ist, dass niemand derzeit vorhersagen kann, wie das angestrebte Bundesleistungsgesetz ausgestaltet wird. Doch eines steht bereits heute fest: Ein Bundesleistungsgesetz wird nicht vor Ende 2014 alle parlamentarischen Hürden genommen haben. Bis dahin wurden dann unvorstellbare

1,5 Mrd. Euro verschwendet.

Bei all diesen Zahlen darf nicht vergessen werden, dass es hierbei nicht nur um Geld und Verschwendung geht. Es geht vielmehr um zahlreiche [Einzelschicksale](#)⁴, also Menschen, die daran gehindert werden, in einer Partnerschaft zu leben oder für ihre Altersvorsorge Rücklagen zu bilden, und um die konsequente Beachtung der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen (UN-BRK).

Wir sind davon überzeugt, dass die Verschiebung der Eingliederungshilfeform keine Rechtfertigung darstellt, nicht umgehend ein Moratorium zur Aussetzung der Einkommens- und Vermögensanrechnung zu verabschieden. Hierzu sind bereits jetzt alle rechtlichen Voraussetzungen erfüllt und es erfordert lediglich eine Direktive des BMAS an die Länder, dass das SGB XII (hier speziell die §§ 85 bis 92, § 94 sowie § 102) im Sinne der UN-BRK auszulegen ist, da Artikel 12 (5) der UN-BRK unmissverständlich ausführt

"[...] dass Menschen mit Behinderungen das gleiche Recht wie andere haben, Eigentum zu besitzen oder zu erben, ihre finanziellen Angelegenheiten selbst zu regeln [...]."

Zur identischen Schlussfolgerung kommt auch der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer und Vertreter der Wissenschaft für alle Bereiche der sozialen Arbeit und der Sozialpolitik) in den von ihm herausgegebenen rechtlichen Erläuterungen⁵ zur UN-BRK (vgl. Dr. Gehrken, S. 213):

² http://www.forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2012_03_22_Antwort_BMAS_Bungartz.pdf

³ <https://www.dropbox.com/sh/o08syggz3evrgt5/vJbtlo6Mkt>

⁴ <https://www.dropbox.com/sh/670k1m60p73dwfc/VY-so6znSx>

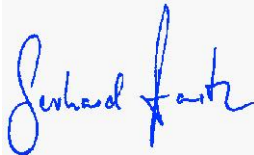
⁵ UN-Behindertenrechtskonvention mit rechtlichen Erläuterungen, ISBN 978-3-7841-2099-7

„Hier ergibt sich ein Konflikt mit dem Recht auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen aus Art. 28 Abs. 1 BRK und dessen Diskriminierungsverbot, denn aufgrund der behinderungsbedingten Leistungen sind die Menschen mit Behinderungen in ihren wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten dauerhaft eingeschränkt und auf ein gewisses Niveau weitgehend festgelegt. Zur eindeutigen Beseitigung dieser Beschränkung, die zugleich eine Diskriminierung im Sinne der BRK darstellt, sollten gesetzgeberisch sämtliche Assistenzleistungen aus dem bedürftigkeitsabhängigen System des SGB XII herausgenommen werden. Bis zu einer gesetzgeberischen Klarstellung besteht für Sozialhilfeträger allerdings auch ohne weiteres die Möglichkeit – und nach hier vertretener Auffassung zur Vermeidung eines Verstoßes gegen Art. 28 Abs. 1, Art. 5 Abs. 2 BRK auch die Verpflichtung –, bei Leistungen für die rein behinderungsbedingte Assistenz im Rahmen des § 87 Abs. 1 Sätze 2 und 3 SGB XII auf die Anforderung der sog. Eigenanteile vollständig zu verzichten.“

Wir bitten Sie, diesen Sachverhalt bei ihrer nächsten Beratung im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales zu erörtern, geeignete kurzfristige Maßnahmen gegenüber dem BMAS einzufordern und uns über den Fortgang zu informieren. Im Rahmen einer Anhörung sind wir gerne bereit, dem Bundestagsausschuss Rede und Antwort zu stehen.

Mit freundlichen Grüßen

FORUM SELBSTBESTIMMTER ASSISTENZ
BEHINDERTER MENSCHEN E.V.

A handwritten signature in blue ink that reads "Gerhard Bartz".

Gerhard Bartz, Vorsitzender

Nachrichtlich:

[Frau Bundesministerin von der Leyen](#)
[Frau Staatssekretärin Dr. Niederfranke](#)
[Herr Regierungsdirektor Bungartz](#)